

II-4609 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 226811

1992 -01- 2 9

ANFRAGE

der Abgeordneten Anschöber, Freunde und Freundinnen

an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr

betreffend Schritte in Richtung Kostenwahrheit

Unbestritten ist im Bereich der verkehrspolitischen Diskussion, daß derzeit der Individualverkehr nur einen minimalen Anteil seiner eigentlichen Kosten selbst trägt. Deshalb fordern Verkehrspolitiker aller Lager und aller Verkehrswissenschaftler seit geraumer drastische Maßnahmen in Richtung Kostenwahrheit.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten deshalb an den Bundessminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr folgende schriftliche

ANFRAGE:

1. In welchem Ausmaß trägt derzeit nach den Schätzungen des Verkehrsministers der Güterverkehr auf der Straße bzw. der Personenverkehr auf der Straße selbst die von ihm verursachten Kosten?
2. Liegen dem Verkehrsminister Schätzungen über die jährlichen externen Kosten des Individualverkehrs in Österreich vor?
3. In welcher Höhe liegen gemäß dieser Schätzungen der externen Kosten die Gesamtsubventionierungen des Straßenverkehrs pro Jahr in Österreich?
4. Welche konkreten Schritte in Richtung Kostenwahrheit sind für die allernächste Zukunft in Österreich geplant?
5. Welche Schritte im Bereich der Mautgebühren, im Bereich der Straßenbenützungsg Gebühr bzw. der Schwerverkehrsabgabe sind nach Meinung des Verkehrsministers in allernächster Zukunft notwendig?

6. Hält der Verkehrsminister die Einführung von Road-pricing-Systemen in Österreich in allernächster Zukunft für machbar und notwendig?
7. Sind drastische Schritte in Richtung Kostenwahrheit mit dem österreichischen Transitvertrag mit der EG vereinbar?
8. In wessen Kompetenzen liegen derzeit die Realisierungen der notwendigsten Maßnahmen zur Erreichung von mehr Kostenwahrheit?